



Hendricks wirbt im Dialog mit der Immobilienwirtschaft für bezahlbares Bauen und Wohnen

Hendricks wirbt im Dialog mit der Immobilienwirtschaft für bezahlbares Bauen und Wohnen
Unter der Leitung von Bundesbauministerin Barbara Hendricks haben sich heute zum ersten Mal in der neuen Legislaturperiode Vertreter aus Politik und Verbänden zum "Immobilienwirtschaftlichen Dialog" getroffen. Ziel dieser Gesprächsreihe, die seit 2007 regelmäßig stattfindet, ist es, die hohe Wohn- und Lebensqualität in Deutschland zu sichern. Hierfür plant die Bundesregierung eine Reihe von Maßnahmen, zu denen unter anderem die Mietpreisbremse, die Verbesserung des Wohngeldes, der gezielte Einsatz des sozialen Wohnungsbaus sowie die verbilligte Abgabe von Bundesliegenschaften gehören.
Bundesbauministerin Barbara Hendricks bekräftigte auf dem Treffen ihre Absicht, mit einem Bündnis für bezahlbares Bauen und Wohnen den aktuellen wohnungspolitischen Herausforderungen zu begegnen: "Mit einem solchen Bündnis bündeln und koordinieren wir die Aktivitäten aller wichtigen Akteure zur Lösung der aktuellen Probleme in den Ballungsgebieten. Dabei kommt es auf drei Dinge besonders an: Wir wollen die Investitionstätigkeit stärken, den sozialen Wohnungsbau wiederbeleben und dies zudem mietrechtlich und sozialpolitisch ausgewogen flankieren. Eine wichtige Rolle kommt dabei auch dem umweltverträglichen Bauen zu. Denn wer das Klima schützt, schont auch den Geldbeutel."
In den nächsten Wochen wird es darum gehen, gemeinsam die Handlungsfelder des Bündnisses zu definieren und die Beiträge der Partner festzulegen.
"Die Überwindung der derzeitigen Engpässe in den Städten und Gemeinden ist eine Gemeinschaftsaufgabe. Der heutige Immobilienwirtschaftliche Dialog stimmt mich hoffnungsvoll, dass alle Beteiligten an einem Strang ziehen werden im Interesse des gemeinsamen Ziels, die Wohnungs- und Lebensbedingungen der Menschen in diesem Land lebenswert zu gestalten", betonte Hendricks.
Der Immobilienwirtschaftliche Dialog wird regelmäßig mit allen wichtigen Verbänden der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft und dem Deutschen Mieterbund geführt. Erstmals sind in der neuen Legislaturperiode auch die Länder und die kommunalen Spitzenverbände in dem Forum vertreten. Die Länder werden durch den Vorsitzenden der Bauministerkonferenz vertreten.
Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB)
Stresemannstraße 128 - 130
10117 Berlin
Telefon: 030 18 305-0
Telefax: 030 18 305-2044
Mail: service@bmu.bund.de


Pressekontakt

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB)

10117 Berlin

service@bmu.bund.de

Firmenkontakt

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB)

10117 Berlin

service@bmu.bund.de

Zum Geschäftsbereich des Bundesumweltministeriums gehören drei Bundesämter mit zusammen mehr als 2.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern: das Umweltbundesamt, das Bundesamt für Naturschutz sowie das Bundesamt für Strahlenschutz. Darüber hinaus wird das Ministerium in Form von Gutachten und Stellungnahmen von mehreren unabhängigen Sachverständigengremien beraten. Die wichtigsten Beratungsgremien sind der Rat von Sachverständigen für Umweltfragen und der Wissenschaftliche Beirat Globale Umweltveränderungen.